

Fotografias



Assinatura

do portador

Giftopfer Fonte
„Schnell Hospital“

ten rund 100 000 Bundesbürger in einen so kritischen Zustand, daß sie ärztlicher Hilfe bedürfen.

Besonders gefährdet sind die Kinder: Etwa 35 000, überwiegend Zwei- bis Fünfjährige, schlucken im Jahr schädliche Substanzen — Reinigungsmittel oder Hobby-Chemikalien, Schlaftabletten oder Anti-Baby-Pillen, giftige Beeren oder Blumen. Jede Woche sterben durchschnittlich zwei Kinder an Vergiftungen. In den fünfziger Jahren waren unter den Patienten der Kinderkrankenhäuser nur 0,8 Prozent mit Intoxikationen, heute sind es nach einer Untersuchung des Freiburger Professors Roland Gädeke vier Prozent: „Wir haben also einen 400prozentigen Anstieg.“

Doch wenngleich die Vergiftungsgefahr mit der Zunahme von frei gehandelten Chemikalien und Drogen auch erheblich größer geworden ist, verminderte sich das Todesrisiko. „Dem Ausbau der Intensivpflege ist zu verdanken, daß Vergiftete eine größere Überlebenschance haben“, sagt der Leiter des Berliner Giftnotrufs, Ernst-Günter Krienke. Aber dazu beigetragen haben auch die Beratungsstellen.

Seit Münchner Wissenschaftler vor zwanzig Jahren begannen, Gifte und Gegengift-Therapien zu katalogisieren, sind 20 weitere Beratungszentren entstanden, von denen nach Einschätzung des Bundesgesundheitsministeriums allerdings nur zwölf funktionieren. Alle diese Zentren verfügen über Schlagwort-Karteien, die Auskunft über die Zusammensetzung etlicher Mixturen geben (und deshalb unter strengem Verschluß gehalten werden, weil sie auch für Industrie-Spionage wertvoll wären).

Ein Stoff-Register weist auf die richtige Behandlungsmethode hin: ob ein Gegengift gegeben werden muß oder

ob es kein Antidot gibt, ob ein Brechmittel angezeigt ist oder Verätzungsgefahr beim Erbrechen besteht, ob das Hausmittel Milch verboten ist wie bei allen fettlöslichen Giften, bei welcher Dosis keine Hoffnung mehr besteht oder bei welcher Substanz nur eines zur Rettung geboten ist: „Nämlich überhaupt nichts zu tun“, wie der Berliner Experte Krienke erklärt: „Auch das ein wichtiger Hinweis.“

So fortgeschritten die medizinische Giftabwehr ist, so zurück blieb der Gesetzgeber bei der Prophylaxe. Obschon seit Jahren Mediziner kindersichere Verschlüsse für Arzneimittel fordern und bereits eine Reihe von Todesfällen durch Einnahme etwa von flüssigen Anti-Rheuma-Mitteln vorgekommen sind, soll solcher Kinderschutz erst jetzt im neuen Arzneimittelgesetz verankert werden, das im Mai zur zweiten und dritten Lesung ins Bonner Parlament kommt.

Aus einem geplanten Bundesgiftgesetz ist indes noch immer nichts geworden. „Es ist wirklich entsetzlich“, klagt Gädeke, „wie lange nun schon der Entwurf herumgewälzt wird.“ Das Bundesgesetz soll wesentliche Verbesserungen der Länderverordnungen bringen: Alle gefährlichen Substanzen, ob Rattengift oder Reinigungsmittel, Klebstoff oder Nagelhautentferner, sollen bundeseinheitlich und symbolträchtig nach fünf Kategorien gekennzeichnet werden: sehr giftig, giftig, gesundheitsschädlich, ätzend, reizend.

Den Unglücksfall in der Baumschule will der Referent für Apotheken- und Giftwesen, Hans Tombergs, zum Anlaß nehmen, in das Gesetz einen zusätzlichen Passus aufzunehmen. Danach sollen Giftbehälter die Aufschrift tragen: „Umfüllen verboten.“

PROZESSE

Kleiner Mythos

Deutsche Provinz, wie sie keiner kennt: Ein des dreifachen Mordes Beschuldigter kommt auf freien Fuß, und die Bevölkerung applaudiert.

Die Sache war grausig und für die Staatsanwaltschaft klar. „Aus Mordlust“ und auch aus „sonst niedrigen Beweggründen“ sollte Günter Justus, 44, drei Kinder im Alter zwischen acht und zehn Jahren umgebracht haben. Das Klischee vom Kindermörder schien paßgerecht.

Der unheimliche „Waldmensch von Pirmasens“, wie ihn die „Frankfurter Rundschau“ einmal nannte, war schon 1954 von Psychiatern als schizophrene bezeichnet worden, seine Schuldunfähigkeit zur Tatzeit stand schon vor Prozeßbeginn fest — ein gefährlicher Irrer also, der seit fünfzehn Jahren abseits der Zivilisation im Dickicht des Pfälzer Waldes über Nietzsches Maxime meditierte, der Mensch müsse „besser und böser“ werden?

Zum Bild des Irren paßte auch, was Gutachter und Kripo über den bärtigen Außenseiter ermittelt hatten, der nur dann und wann barfuß und mit wilder Mähne in Pirmasens aufgetaucht war und als „einziger Hippie“ („Pirmasenser Zeitung“) bei den biederen Bürgern des Pfalzstädtchens Aufsehen erregt hatte: Justus leide, so stellte Medizinalrat Hans Ulrich Gläsel fest, an einer „gestörten sexuellen Entwicklung“, die sich in einem „erotischen Verhältnis zu Kindern“ äußere, habe aber „sexuellen Handlungen sogar entgegengewirkt“. Der verwirrte Waldmensch, der oft mit



Mord-Verdächtiger Justus (l.) nach seiner Freilassung: Woge des Wohlwollens



Gerichtsvorsitzender Schnarr (M.)
Kripo-Klischee vom Kinderfreund

den verschwundenen Kindern zusammen gewesen sei, habe — die Pirmasenser Polizei ließ Schauriges durchblicken — die Kindesleichen zerstückeln und begraben können, ohne Spuren zu hinterlassen.

Doch seit Freitag vorletzter Woche ist Justus, der Außenseiter, wieder frei; Morde an den drei Kindern Walter Broschat, 9, Klaus-Dieter Stark, 8, und Eveline Lübbert, 10, konnten ihm nicht nachgewiesen werden. Und als Richter Adolf Schnarr zum Ende des Sicherungsverfahrens, bei dem es — anders als in einem Schwurgerichtsprozess — allein um die Einweisung in eine Heilanstalt ging, Günter Justus wieder freiließ, gab es vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Zweibrücken Beifall für den vordem Verdächtigten; nicht der Staatsanwalt bekam Rosen, sondern Justus einen Frühlingsstrauß.

Wo Verdächtigten sonst Haß und Lynchgelüste entgegenschlagen, etwa in Arnsberg dem wegen vierfachen Mordes angeklagten Pietro Schembri (SPIEGEL 15/1976), war seltsamerweise Sympathie und Solidarität zu spüren. „Wir hatten“, staunte Justus-Anwalt Gottfried Malchus über die Woge des Wohlwollens, „das Volk auf unserer Seite.“

Denn Pirmasenser Bürger schilderten den Beschuldigten, von dem die Kripo noch zu Prozeßbeginn ein „absolut stimmiges kriminologisches Bild“ gezeichnet hatte, vor Gericht als sanften Kinderfreund. Nach Abitur und abgebrochenem Philosophie- und Psychologie-Studium hatte der ausgescherte Ju-

weliersonn zwar in Höhlen und unter Plastikplanen im Pfälzer Wald gehaust, aber gleichwohl in dieser selbstgewählten Einöde Kindern bei Schulaufgaben geholfen und ihnen in Teichen das Schwimmen beigebracht.

Sexuelle Verfehlungen, in den polizeilichen Ermittlungsakten noch behauptet, mochte im Prozeß niemand mehr bestätigen; zuvor klare Erinnerungen verblaßten im Prozeß. Kinder applaudierten dem plötzlich wieder als harmlos geltenden Pirmasenser Original im Gerichtssaal, und ein Justus-Sympathisant forderte Rechtsanwalt Malchus auf: „Retten Sie diesen armen Mann vor dem karrieresüchtigen Kriminalbeamten.“

Der so gemeinte und geschmähte Polizist, Kriminalrat Ernst Fischer, hatte in einjähriger Fleißarbeit versucht, das Verschwinden der drei Kinder aufzuklären, und dabei Akten aus den Jahren 1960 und 1967 aufgearbeitet und neue Recherchen angestellt. Nach einem bei Geheimdiensten üblichen „Check-out-Verfahren“, das Fischer auch bei der Aufklärung eines Doppelmordes in Mainz dienlich gewesen war, hatte der Kriminalist den möglichen Täterkreis so weit eingegrenzt, daß Justus der einzige war, der als Täter in Frage zu kommen schien.

Doch offensichtlich hatten der Kripo-Beamte wie die Staatsanwaltschaft die Check-out-Methode überstrapaziert. Denn das Verfahren ist zwar geeignet, Personen ausfindig zu machen, für die bestimmte, vorgegebene Tätermerkmale zutreffen; in Pirmasens kam als Täter beispielsweise nur ein Mann in Frage, der leicht das Vertrauen von Kindern gewinnen konnte und freitags stets Zeit hatte. Doch justitiabel beweisen läßt sich mit dem Suchsystem nicht. Richter Schnarr: „Es ist lediglich eine Methode, den Täterkreis einzuengen.“

So fügte sich denn auch beim Zweibrücker Prozeß ohne Leichen, Spuren und Tatzeugen das verletzte Rechtsempfinden mancher Bürger mit der stadtbekanntem oder unterstellten Harmlosigkeit des Kinderfreundes zu einer ungeahnten Sympathiewelle. Aber der wahre Ursprung des Wohlwollens für den Mann aus dem Wald liegt, so ließ der Prozeß erkennen, womöglich noch tiefer.

Hinter der erstaunlichen Sympathie für den des dreifachen Mordes verdächtigten Sonderling, der sich oft nur von Beeren und Wurzeln ernährte, verbirgt sich womöglich, so meint jedenfalls der Marburger Kriminologie-Pro-

Jetzt im 100. Tausend!

„Aus dem schummrigen Halbdunkel der Hinterbänke tritt ein Charakter, der die eiserne Maske der Kompetenz und der Integrität trägt: Die Lage, wie Konrad Adenauer zu sagen pflegt, ist da.“
Carl Amery im Kölner Stadtanzeiger

„Diese in fünf Jahren entstandene bewunderungswürdig fleißige Arbeit enthält eine Anklage, wie man sie so fulminant noch nicht gelesen hat ...“
Christian Schütze in Süddeutsche Zeitung

„Ein solches Buch ist bisher in der Bundesrepublik noch von keinem Politiker geschrieben worden. Es ist eine Abrechnung.“
Eduard Neumeier im Südwestfunk



Herbert Gruhl
Ein Planet wird geplündert
Die Schreckensbilanz unserer Politik
376 Seiten, Paperback, DM 19,80

S. Fischer

fessor Erich Hupe, „das Gefühl, daß man selber ausflippen möchte“ — „Bewunderung für die geheimnisvolle Kraft, mit der Justus aus den unkontrollierbaren Bindungen einer maroden Gesellschaft ausgebrochen ist“. Und Medizinalrat Gläsel, der Justus in der Pfälzischen Nervenklinik Landeck begutachtet hatte, erkannte bei dem Einzelgänger einen „kleinen Mythos, der die Leute irgendwie beeindruckt“.

Auch die Fahnder. Staatsanwalt Norbert Dexheimer zeigte sich fasziniert von „einem unheimlichen Fluidum, einer erstaunlichen Aura“. Und als selbst Kriminalrat Fischer vor Gericht bekundete, Justus sei „durch die Stadt gegangen wie ein Heiliger“, ging ein Raunen durch den großen Sitzungssaal des Landgerichts Zweibrücken. „Da ist“, formuliert Kriminologe Hupe das Phänomen, „für die deutschen Seelen aus dem Waldmenschen ein Waldheiliger geworden.“

PRESSE

Nase am Boden

In Großstädten gedeiht eine neue Lokalpresse: Stadtteilzeitungen und Blätter von Bürgerinitiativen.

Sie beobachten, „wat löppt“, berichten, „wat Sache is“, und nehmen kein Blatt vor den Mund. Entdecken sie Behördenwillkür, setzt es Schlagzeilen: „Wir fühlen uns verarscht.“ Droht man ihnen mit dem Maulkorb, drohen sie selber: „Der Kampf geht weiter.“

Die Kämpfer sind Klempner und Lehrer, Studenten und Bergleute, Anstreicher, Architekten und Werbekaufleute, die sich neuerdings branchenfremd betätigen: Im lokalen Zeitungsgeschäft in dichtbesiedelten Großstadtbezirken versuchen sie sich, mit Erfolg und steigenden Auflagenzahlen, in einer Art Basis-Journalismus.

Was da aus Kleinoffset- und Flachpressen wöchentlich oder alle Monat herausflattert, nennt sich „Volksblatt“ in Köln und „s' Blättle“ in Stuttgart, in Aachen „Klenkes“ und in Hamburg-Blankenese „Hauptstraße“.

Meist aus Bürgerinitiativen hervorgegangen oder doch in Bürgernähe entstanden, versteht sich die kleine Alternativpresse als Sprachrohr und Anwalt der Leute von nebenan, denen in den Citys die Umwelt- und Wohnprobleme über den Kopf wachsen.

Zentrum der Presse-Unternehmungen sind Großstädte an Rhein und Ruhr, wo die herkömmlichen Lokalzeitungen, wie andernorts, immer offiziöser werden; ihre Anzahl nimmt, infolge der Pressekonzentration, fortwährend ab, und während die übrigbleibenden Monopolblätter ihre Auflage vergrößern, kommen die Sorgen und Interessen der Bürger zu kurz.



Neue Lokalzeitungen

„Nu isse da“

Beispielhaft daher, wie in Oberhausen das „Ruhr Volksblatt“ entstand: Kaum hatte nahebei, im Westfälischen, der Zeitungskoloß „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ („WAZ“) die SPD-eigene „Westfälische Rundschau“ übernommen, als in einem alten Waschhaus des Arbeiterviertels Eisenheim der Zukunftsforscher Robert Jungk gemeinsam mit Kumpeln überlegte, wie der Kampf der zahlreichen Bergmannsinitiativen gegen örtliche Stadtansanierung, will heißen: gegen den Abriß ihrer Zechenkolonien, am besten dargestellt werden könne. Schlagzeile der ersten Nummer, einige Monate später: „Nu isse da.“

„Unzufriedenheit mit den etablierten Zeitungen“ war es auch, was 70 Bürger in Heidelberg zur Finanzierung der „Heidelberger Rundschau“ trieb (je 200 Mark Einlage in den Genossenschaftsverlag). Hinzu kam, wie ein

Vorstandsmitglied sagt, „wachsendes Unbehagen gegenüber dem selbstherrlichen SPD-Oberbürgermeister Reinhold Zundel“, der die „Rundschau“ prompt wegen „Verdächtigungen, Unterstellungen, Beleidigungen und Falschmeldungen“ von der Belieferung mit städtischen Pressemitteilungen ausschloß.

Und bei der kommerziell kalkulierten Blankenese „Hauptstraße“, die vor kurzem in einem benachbarten Hamburger Stadtteil „Die Ottenser“ herausbrachte, regt sich Widerborstigkeit gegen Axel Springers dominierende Lokalmacht („Hamburger Abendblatt“, „Welt“, „Bild Hamburg“), wenn etwa der Geschäftsführer und gelernte Werbekaufmann Claus H. Eggers die Parole ausgibt, „mit der Nase am Boden“ zu recherchieren.

Die kleinen Zeitungen berichten aus Jugend- wie Altersheimen, attackieren Umweltverschmutzung und Bodenspekulation. Die Berliner „IZ Wedding“ verwendete auf die Geldnöte einer Kindertagesstätte eine ganze Seite, das Kölner „Volksblatt“ wetterte gegen karnevalistische Geschmacklosigkeit auf Kosten von Arbeitslosen und Gastarbeitern. Und Münchens linkes „Blatt“ bezieht jugendliches Milieu ins Lokalgeschehen ein: ein Wohnungsgemeinschaftsplenum, einen „Klamotten-tauschmarkt“.

Lokale Randthemen sind es vor allem, die in der neuen Presse dahin gerückt werden, wohin sie nach Ansicht betroffener Leser gehören: in den Mittelpunkt. Die Aufregung über Mieterhöhungen oder Abrißpläne schlägt unmittelbar in die Spalten der Kleinzeitungen durch: „Da hat ein Mieter seinen Lastwagenanhänger vorgestellt, daß der Bagger nich dran konnte“ („Ruhr Volksblatt“). Und das Kölner „Volksblatt“ (Auflage 6500) schmälerte die Nutznießer eines Sanierungsvorhabens in der Altstadt, einen Grundstücksbesitzer Bader und einen Industriellen Imhoff, als „Bader-Imhoff-Bande“.

Der Bestand der Bürgerblätter über aktuellen Anlaß und Ärger hinaus ist ungewiß. Die Blankenese schieben seit Monaten einen Haufen gestundeter Druckereirechnungen vor sich her, haben aber den Vertrieb verbessert und arbeiten sich — mit Auflagen ihrer beiden Blätter von je 3000 — unterdessen aus der Verlustzone heraus. Anzeigen gibt es vom Fensterputzer und Segelmacher, aber auch von CDU und SPD.

Andere Blätter, die vom Anzeigengeschäft unabhängig bleiben wollen, werden von Bürgerinitiativlern an Straßenecken, in Kneipen und an einigen wenigen Kiosken an den Mann gebracht. Beim „Ruhr Volksblatt“ (Einzelpreis 50 Pfennig, Auflage 1500) gibt's noch mehr Hilfe: Jeder der sechs Freizeit-Redakteure legt aus lauter Begeisterung pro Nummer zwischen 80 und 150 Mark aus der eigenen Tasche zu. ♦